

die Kirche zu bestimmen. „Die Mitglieder sind Gläubige, die Glieder der katholischen Kirche sind und bleiben wollen“, heißt es im Editorial, das gleichzeitig betont, daß eine lebendige Kirche Mut, Freiheit, Vitalität und Raum für innerkirchlichen Dialog und Christus-Zeugnis braucht und nicht blinde und starrköpfige Bewahrer kirchlicher Altertümer.

Die neun Beiträge stammen von zwei Kapuziner-Patres und einigen Laien. Unter ihnen sind Lehrer, Mathematiker und Ingenieure, die heiße Eisen anfassen, wie z. B. die Klerikalisierung in der Kirche Jugoslawiens. *Hrvoje Starčević* stellt fest, daß bisher die Laien überhaupt nicht ins aktive Leben der Kirche einbezogen wurden und daß die jugoslawische Bischofskonferenz sich nicht einmal um ein ständiges Diakonat bemühe, obgleich dies vom Konzil gefordert wurde. „Was ist mit der Rolle der Laien in der Kirche?“ fragt auch der Kapuziner *Mirko Novak* und stellt fest, daß auch 13 Jahre nach dem Zweiten Vatikanum alle Positionen in der Kirchenpresse fest in klerikaler Hand sind. Andere Artikel versuchen aufzuzeigen, wie das konserva-

tive Element in der Kirche immer mehr zunimmt und der Geist des Konzils schwindet. Die Autoren von „Rasudbe“ konstatieren dies selbst für die Zagreber Kirchenzeitung „Glas Koncila“.

### Standfest und kompromißbereit

Eindeutig offener scheint die Lage in Slowenien zu sein. Unter dem Titel „Die Kirche ist für die Menschenrechte“ schrieb Erzbischof *Joseph Pogacnik* von Ljubljana einen Leitartikel in „Druzina“ vom 29. Juli, in dem er klarstellt, daß die Kirche mit keinem politischen System liiert ist und die Menschenrechte allen Menschen ohne Rücksicht auf die Ideologie zukommen. Der slowenische Metropolit erinnert daran, daß die Kirche in Slowenien klar gezeigt habe, daß sie am Aufbau der derzeitigen Gesellschaft mitarbeite und keinerlei politische Gewalt wolle. Ihm gehe es darum, die strittigen Fragen zwischen Staat und Kirche in gegenseitiger Achtung und demokratischer Atmosphäre zu lösen.

R. G.

dem Kommuniqué der Bischofskonferenz veröffentlicht. Der Staat ist also nicht grundsätzlich gegen solche Gespräche. In welcher Form sie stattfinden sollen, ist nicht gesagt. Dem Vernehmen nach würde die Kirche die *Bildung einer Kommission* befürworten.

Für die polnischen Bischöfe gilt nach wie vor der Grundsatz, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat im Lande vor einer *vollen Normalisierung zwischen Vatikan und der Volksrepublik* einschließlich der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen stehen muß. Als Erzbischof von Krakau sei Kardinal Wojtyła Mitautor dieser Linie gewesen, und er habe auch als Papst diesen Standpunkt nicht geändert.

In diesem Zusammenhang werden im polnischen Episkopat ausdrücklich Spekulationen mancher westlicher Zeitungen dementiert, daß es irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen Bischöfen und dem Papst wegen dessen Grundsatzzrede auf der Bischofskonferenz von Tschenschostochau am 5. Juni (vgl. HK Juli 1979, 350ff.) gegeben habe. Die polnischen Bischöfe sehen in dieser Rede im Gegenteil eine Bestätigung für ihre Linie.

Die *Vermutungen über Meinungsverschiedenheiten* waren damals unter anderem an die Tatsache geknüpft worden, daß der Text der Rede vom Pressezentrum wieder zurückgezogen und Stunden später im gleichen Wortlaut wieder verteilt wurde. Dies ist nach Angaben aus dem Pressebüro des Episkopats auf rein technisch-protokollarische Gründe zurückzuführen. Der Text habe im Pressebüro gelegen, bevor die Bischöfe ihn zu Gesicht bekamen. Die Bischöfe hätten ihn aber erst in die Hand bekommen sollen. Daher habe man die Texte zunächst vom Pressebüro zurückgezogen. Es sei aber nie beabsichtigt gewesen, irgendetwas daran zu ändern. Johannes Paul II. habe auch ausdrücklich den Wunsch geäußert, daß dieser Text veröffentlicht wird.

Auch an den Forderungen, die die Kirche an den Staat stellt, um zu einer Normalisierung zu kommen, hat sich – so ist seitens der kirchlichen Führung

## Schwierige „Normalisierung“ in Polen

In ihrer ersten *Plenarsitzung* nach dem Besuch des Papstes am 5. und 6. September haben die polnischen Bischöfe der Regierung weitere Gespräche über die *Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat* vorgeschlagen. Daß es der Kirche dabei nicht nur um Fragen des reinen Kults geht, zeigt die Formulierung des Kommuniqués. Darin heißt es: „Der polnische Episkopat ist gemäß der vom Heiligen Vater Johannes Paul II. aufgezeigten Linie zu weiteren Gesprächen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat bereit und befürwortet auch den Prozeß der Normalisierung, was ein breites Zusammenwirken der Kirche und des Staates auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht: Stärkung der Familie, gesellschaftliche Ordnung, Achtung des Lebens, Nüchternheit, Achtung vor dem Gemeinschaftsei-

gentum, gesunde Bräuche, die Herausbildung von Grundsätzen über den moralischen Wert der Arbeit. All dies dient natürlich dem Wohl der Nation, der Kirche und des Staates. Der polnische Episkopat ist jedoch der Meinung, daß man die Erklärungen über den Willen zur Zusammenarbeit schwer ernst nehmen kann, ohne daß die Bedürfnisse der Kirche berücksichtigt und den Gläubigen die ihnen zustehenden Rechte im öffentlichen Leben zugestanden werden.“

### Gesprächsbereitschaft bei unveränderten Positionen

Mit Ausnahme des letzten einschränkenden Satzes haben die staatlichen Zeitungen dieses Gesprächsangebot der Bischöfe in einem Ausschnitt aus



zu hören – nichts geändert. Wie es in dem Kommuniké der Bischofskonferenz vom 5. und 6. September heißt, müssen erstens die *Bedürfnisse der Kirche* berücksichtigt werden und zweitens den Gläubigen ihre *Rechte im öffentlichen Leben* zugestanden werden.

Die wesentlichen Postulate der Kirche hatte Kardinal Wyszyński in einer Predigt am 6. Januar 1978 genannt. Es sind die *Anerkennung eines öffentlich-rechtlichen Status der Kirche* sowie größere Einflußmöglichkeiten im gesellschaftlichen Leben, wie *Zugang zu den Massenmedien*, erweiterte Rechte der Kirche zur Herausgabe von Zeitschriften und Büchern sowie die *Möglichkeit der Bildung kirchlicher Vereine*.

Auf vielen Gebieten habe die Kirche keine normalen Bedingungen zur Erfüllung ihrer Mission, heißt es in dem Kommuniké der letzten 170. Bischofskonferenz vom September, in dem aus der Ansprache *Johannes Pauls II.* beim Treffen mit Parteichef *Edward Gierek* in Warschau am 2. Juni zitiert wird: „Die Kirche verlangt für ihre Tätigkeit keine Privilegien, sondern nur und ausschließlich das, was für die Erfüllung ihrer Mission unerlässlich ist.“

Als *Beispiele für Mängel* auf diesem Gebiet zählen die Bischöfe in ihrer Verlautbarung auf: „Diese Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Mangel einer entsprechenden Anzahl kirchlicher Strukturen, wie zum Beispiel Gemeinden, Seelsorgezentren, katechetischen Punkten, katholischen Organisationen, und vor allem aus dem Mangel einer ausreichenden Anzahl von Gotteshäusern in den großen Agglomerationen und entfernten dörflichen Gemeinden. Darüber hinaus ergeben sie sich aus dem mangelnden Zugang zu den Medien, vor allem dem Fehlen einer eigenen katholischen Tagespresse und der zu kleinen Anzahl von Exemplaren katholischer Zeitschriften oder religiöser Literatur.“

Das Thema *Massenmedien* und die Forderung der Kirche nach einem größeren Einfluß im öffentlichen Leben insbesondere bei der *Erziehung der Jugend* wird auch in zwei Hirtenbrie-

fen angesprochen, die am 9. und 16. September in den Kirchen verlesen und auf der Juni-Bischofskonferenz unter Beisein des Papstes verfaßt worden waren. Darin werden die Massenmedien beschuldigt, oft demoralisierende ethische Werte zu propagieren und einen weltanschaulichen, politischen und kulturellen Druck auf die Hörer auszuüben.

### Gegen Atheisierung der Schule, für das Elternrecht

Was die Erziehung in den Schulen anbetrifft, steht die Kirche auf dem Standpunkt, daß den Eltern die *Priorität* der Erziehung zusteht. Da die überwiegende Mehrheit der Eltern katholisch sei, so heißt es von kirchlichen Kreisen in Warschau, müsse die Schule die Kinder im Geist dieser Überzeugung der Eltern erziehen. „Indessen werden die Kinder, und auch Kinder christlicher Eltern, einer planmäßigen Atheisierung durch die Erziehungsinstitutionen unterzogen“, heißt es in dem am 9. September verlesenen Hirtenbrief.

„Diese Atheisierung vollzieht sich manchmal auf brutale Weise durch Untergrabung der Autorität der Eltern und Schikanen gegen die Kinder selbst, wenn sie ihre Überzeugungen zeigen. Viele Organe der öffentlichen Führung wurden offen in den Dienst des Atheismus als einer dem Volk systematisch aufgezwungenen Ideologie gestellt trotz der offiziellen Anerkennung der Menschenrechte und vor allem des Rechts auf Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Für diese Ideologie bedient man sich unter anderem unvollständiger oder falscher Informationen oder verschweigt sorgfältig die religiösen Quellen unserer nationalen Kultur. Als Ergebnis dieser Eingriffe wird die junge Generation nicht in das ganze kulturelle Erbe der polnischen Nation eingeführt und zeigt manchmal ein peinliches Unwissen über Dinge, die jedem Menschen – unabhängig von seiner Weltanschauung – vertraut sein müßten. Der programmäßige Atheismus wird in einem solchen Ausmaß als übergeordnetes Ziel der Schulerziehung betrachtet, daß man ihm sogar

moralische Grundsätze unterordnet und der Jugend schädliche, unverantwortliche Ansichten über das Geschlechtsleben des Menschen, die angeblichen Wohltaten ehelicher Untreue, über Scheidung usw. aufzwingt...“

Die religiöse Unterweisung der polnischen Jugend geschieht in den katechetischen Punkten in kircheneigenen außerschulischen Räumen durch Personal der Kirche. Die überwiegende Mehrzahl der Kinder kommt zum *Religionsunterricht*. Die Kirche verlangt nicht die Wiederaufnahme der Religionsstunden in die Schulgebäude und ins offizielle Schulprogramm, wohl aber die Berücksichtigung christlicher Traditionen im übrigen Unterricht wie Literatur und Geschichte. Seit gewisser Zeit organisiert sie übrigens in kirchlichen Räumen unter Duldung der Behörden Kurse für Studenten und Erwachsene, die sich nicht nur mit rein religiösen, sondern auch mit kulturgeschichtlichen und geschichtlichen Themen befassen.

Zum zweiten Themenkreis der Anerkennung der Rechte der Gläubigen im öffentlichen Leben gehört vor allem die Forderung der Kirche, daß der *Zugang zu allen Führungsstellen* im öffentlichen Leben einschließlich Politik und Wirtschaft unabhängig von der Weltanschauung und dem Glaubensbekenntnis sein solle. Beim augenblicklichen Stand der Dinge stünden die Führungspositionen nur Parteimitgliedern offen, die, selbst wenn sie eigentlich Katholiken sind, sich oft gezwungen fühlen, ihren Glauben zu verleugnen, argumentiert man in kirchlichen Kreisen. Gläubige Katholiken seien damit praktisch ausgeschlossen. Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung aber sei katholisch. Auch wenn Staat und Kirche sich über die Aufnahme von Normalisierungsgesprächen einigen können, wird es also sehr schwierig sein, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Der Staat hat mehrmals seine Bereitschaft zum Zusammenwirken mit der Kirche in gewissen Fragen der Moral erklärt. Man kennt in den Warschauer Amtsstuben auch den Einfluß der Kirche in der Bevölkerung. Es ist aber kaum an-



zunehmen, daß der Staat in verschiedenen Grundsatzfragen wie beispielsweise der Erziehung der Jugend nachgeben wird.

### „Grundsätzliches Mißverständnis“?

Manche Forderungen der Bischöfe widersprechen dem Grundsatz der Trennung zwischen Kirche und Staat, hatte der Chefredakteur der Zeitschrift „Polityka“, *Mieczyslaw Rakowski*, im März 1978 als Antwort auf die *Wyszynski*-Predigt vom 6. Januar geschrieben (Polityka Nr. 12, 1978): „Wenn sie (die Vertreter der Kirche) verlangen, aus unserer Gesetzgebung einige Vorschriften zu eliminieren, denen die religiöse Doktrin unwillig gegenübersteht, wenn sie wollen, daß die Organe der staatlichen Verwaltung (trotz des Grundsatzes der Trennung von Kirche und Staat) Wächter der

Einhaltung einiger Regeln des religiösen Lebens sind, oder wenn sie das Existenzrecht der atheistischen Propaganda und der Erziehung in diesem Geiste negieren und gleichzeitig ihre Auffassung von der Freiheit der Verkündigung religiöser Grundsätze weit interpretieren – so wäre gerade in diesem Zusammenhang das Wort ‚Toleranz‘ am Platze.“ Hier geht es – seiner Meinung nach – um ein grundsätzliches Mißverständnis.

Das ist zweifellos auch die Meinung der Partei. Es ist aber nicht anzunehmen, daß das Episkopat von einer solchen Argumentation sich sonderlich beeindruckt läßt. Solange Karol Wojtyła Papst ist, werden die polnischen Bischöfe gewiß alle ihre Schritte mit dem Vatikan abstimmen. Im Gegensatz zu manchen vorangegangenen Perioden sind sie der festen Überzeugung, daß man sie dort versteht und die besonderen Gegebenheiten in Polen kennt. *R. M.*

wird der AMECEA modellhafter Charakter zugeschrieben; dennoch hat sie eine beachtliche Schwäche: Die *Afrikanisierung des Stabes* vollzieht sich nur sehr langsam. Entstanden aus einer Initiative des bekannten niederländischen Bischofs *Blomjous* und finanziell von Missio, Aachen, stark unterstützt, verdankt die AMECEA ihre Stärke einem amerikanischen Bischof, *Vincent McCauley*, der, erst als Präsident und anschließend als Generalsekretär, es verstanden hat, mit amerikanischem Management dem gemeinsamen Bemühen der sieben angegliederten Bischofskonferenzen in konkreten Projekten Gestalt zu geben: Neben dem Sekretariat in Nairobi ist dies insbesondere auch das Pastoral-Institut in Eldoret (geleitet von Pater *John Lemay*, P. A., aus Kanada) mit einem wissenschaftlich qualifizierten und pastoral sehr engagierten (aber fast ausschließlich europäischen) Stab. Diesbezüglich aber wurden weitgehende Entscheidungen getroffen: Die bis jetzt dem Pastoral-Institut in Eldoret angegliederte *AMECEA-Forschungsabteilung* wurde nach Tabora in Tanzania verlegt und kommt damit vollständig in afrikanische Hand. Bischof McCauley zog sich als Generalsekretär zurück und machte so den Weg frei für den ersten afrikanischen Generalsekretär: *Father J. Mukwaya* aus Uganda, der schon seit sechs Jahren im Sekretariat als Leiter der Abteilung für Kommunikationswesen und als stellvertretender Generalsekretär unter Bischof McCauley gearbeitet hat. Die auf Dauer aber bedeutsamste Entscheidung war die *Gründung einer Theologischen Hochschule* (Catholic Higher Institute of Eastern Africa) in Nairobi: Damit soll wie in den im frankophonen Afrika schon bestehenden Instituten in Kinshasa (Zaire) und Abidjan (Elfenbeinküste) jetzt für den anglophonen Bereich Afrikas die Möglichkeit geschaffen werden, qualifiziertes Personal für die kirchliche Arbeit auf eigenem Boden und nach eigenen Vorstellungen auszubilden. Der neugewählte AMECEA-Präsident, Bischof *Médard J. Mazombwe* aus Zambia, wird sich aber noch viele Jahre lang mit Personalproblemen befassen müssen.

## Die AMECEA-Konferenz von Zomba

„Das Faktum dieser Tagung und das gemeinsame Verabschieden pastoraler Richtlinien“, so meinte ein Beobachter aus Großbritannien, „ist schon ein Ereignis an sich. Die Bischöfe Englands, Wales, Schottlands und Irlands würde man keine zehn Tage zusammenführen können; noch nicht einmal, um Bridge zu spielen!“ Aber die 66 Bischöfe, die gemeinsam mit Vertretern der Diözesanpriester, der Orden, der Laienverbände und Beobachter vom 7. bis 17. August 1979 im Priesterseminar von Zomba tagten, hatten kaum Zeit, nach britischer Kolonial-Manier „Bridge“ zu spielen. Es wurde gearbeitet in Vollversammlungen, Gruppen und Ausschüssen vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein. Die gemeinsame Liturgiefeier täglich und die Stunden geistlicher Besinnung am ersten und fünften Tag lieferten nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum geistlichen Niveau der vielen Auseinandersetzungen: Sie wirkten auch als echte Verschnaufpausen. Vielleicht hatte man sich zuviel vorge-

nommen: sinnvolle Entscheidungen zu den verschiedenen verwaltungstechnischen Fragen, ein gemeinsames Hirtenwort zum „Jahr des Kindes“, eine Bestandsaufnahme früher gefaßter Vorschläge und Entscheidungen sowie die Erarbeitung eines neuen Dokumentes zur Förderung des als pastorale Priorität anerkannten Zieles: die kleinen christlichen Gemeinschaften (small christian communities).

### Wichtige Entscheidungen

Die Bischofskonferenz der AMECEA (Association of the Members of the Episcopal Conferences in Eastern Africa – Ethiopia, Kenya, Malawi, Sudan, Tanzania, Uganda and Zambia), die seit 1961 im Drei-Jahres-Rhythmus tagt, hat Erfahrung und Routine gesammelt. Mit einem effizienten kleinen *Fünf-Mann-Sekretariat* in Nairobi und ihrem bekannten *AMECEA-Pastoral-Institut* in Eldoret, Kenya (früher in Gaba, Uganda),